

# ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung \* Gesellschaftliche Trends \* Aktuelle Informationen

Nr. 7  
Januar 1992

## Soziale Schichtung: Niedrigere Einstufung der Ostdeutschen

Eine ZUMA  
Publikation

### Wahrnehmung und Bewertung Sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich

Mit der deutschen Wiedervereinigung und der Integration der neuen Bundesländer sind Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung wieder stärker in den Blickpunkt des Interesses gerückt. Im Vordergrund steht dabei das Wohlstandsgefälle und die Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen Ost und West. Kaum minder bedeutsam sind aber auch die Konsequenzen für die Binnenstruktur sozialer Ungleichheit, die mit der Transformation der DDR und ihrer Integration in die Bundesrepublik verbunden sind. Für den Bereich der neuen Bundesländer ist zu erwarten, daß mit der Einführung der Marktwirtschaft nicht nur das Wohlstandsniveau steigen, sondern auch die Ungleichheit der bisher noch vergleichsweise homogenen Lebensverhältnisse zunehmen wird.

## Inhalt

Soziale Schichtung: Niedrigere Einstufung der Ostdeutschen .....	1
Umwelt und Lebensbedingungen ...	6
Positive wirtschaftliche Entwicklung erwartet .....	7
Versorgungsmängel trotz Einkommenssteigerungen in der DDR .....	10
Die Älteren .....	14
Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung .....	15
Sozialstatistik und Sozialberichterstattung in und für Europa .....	16

Im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags stehen verschiedene Aspekte der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Ungleichheit. Es wird untersucht, (1) welche Strukturen der sozialen Schichtung sich in Ost- und Westdeutschland auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten ergeben, (2) ob und inwieweit die gegenwärtige Verteilung der Ressourcen und Lebenschancen von der Bevölkerung als gerecht beurteilt wird und (3) wie sich die Einstellungen gegenüber der sozialen Ungleichheit und deren Legitimation im Westen und Osten Deutschlands unterscheiden. Die empirischen Analysen basieren auf den Daten der Basisbefragung der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), die in den Monaten Mai bis Juli 1991 durchgeführt wurde und sich erstmals auch auf die neuen Bundesländer erstreckt.

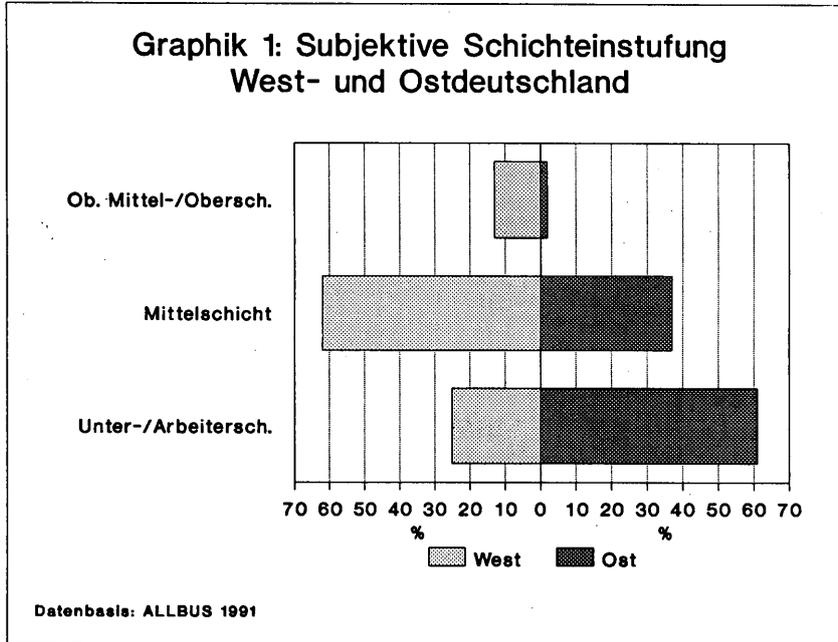
Angaben darüber, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten oder auf einer vertikalen Status-Skala einstufen, lassen sich nicht nur zu einem Bild der Makrostruktur sozialer Ungleichheit zusammenfügen, sondern geben auch

Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Gruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich als zugehörig betrachten und aus welcher Perspektive - als solche die oben oder unten stehen - sie in der Gesellschaft agieren und am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben partizipieren.

Die Frage nach der subjektiven Schichtestufung gehört zum klassischen Repertoire der Umfrageforschung. In der Form, in der sie im ALLBUS verwendet wird, lautet die Frage: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu, der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht?“

### Mittelschichtgesellschaft im Westen - Arbeitergesellschaft im Osten

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im



Ost-West-Vergleichsergebnisse sind eklatant. Faßt man die obere Mittel- und Oberschicht einerseits sowie die Unter- und die Arbeiterschicht andererseits wegen der geringen Besetzungszahlen in der untersten und höchsten Kategorie zusammen, ergibt sich eine Verteilung, die für die alten Bundesländer die typische Zwiebelform einer Mittelschichtgesellschaft und für die neuen Bundesländer die pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft aufweist (Graphik 1). Während sich 62 Prozent, d.h. nahezu zwei Drittel aller westdeutschen Befragten der Mittelschicht, aber lediglich ein Viertel der Arbeiterschicht zuordnen, stufen sich 61 Prozent der Ostdeutschen in die Arbeiterschicht und mit 37 Prozent nur wenig mehr als ein Drittel in die Mittelschicht ein. Auch der Anteil derjenigen, die sich mit der oberen Mittel- und Oberschicht identifizieren, ist im Westen mit 13 Prozent erheblich größer als im Osten, wo sich lediglich 2 Prozent der gesellschaftlichen Elite zurechnen.

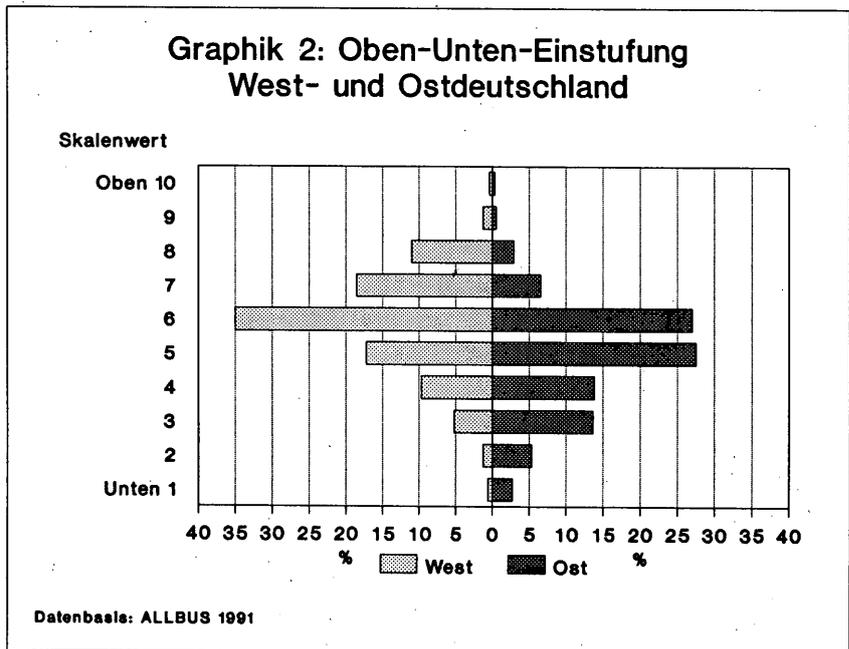
Durch Unterschiede in der sozioökonomischen Struktur der Bevölkerung läßt sich die differentielle Schichtidentifikation nicht erklären. Fragt man sich, worauf die drastischen Ost-West-Unterschiede in der Zuordnung zu den verschiedenen sozialen Schichten zurückzuführen sind, könnte eine Erklärung darin liegen, daß der Begriff der Arbeiterschicht im Bereich der neuen Bun-

desländer andere Assoziationen weckt als im Westen und aufgrund der spezifischen DDR-Geschichte für einen größeren Teil der Bevölkerung Identifikationsmöglichkeiten bietet. Plausibler als diese Möglichkeit erscheint allerdings die Vermutung, daß die ostdeutsche Bevölkerung sich innerhalb des Schichtungsgefüges eines ver-

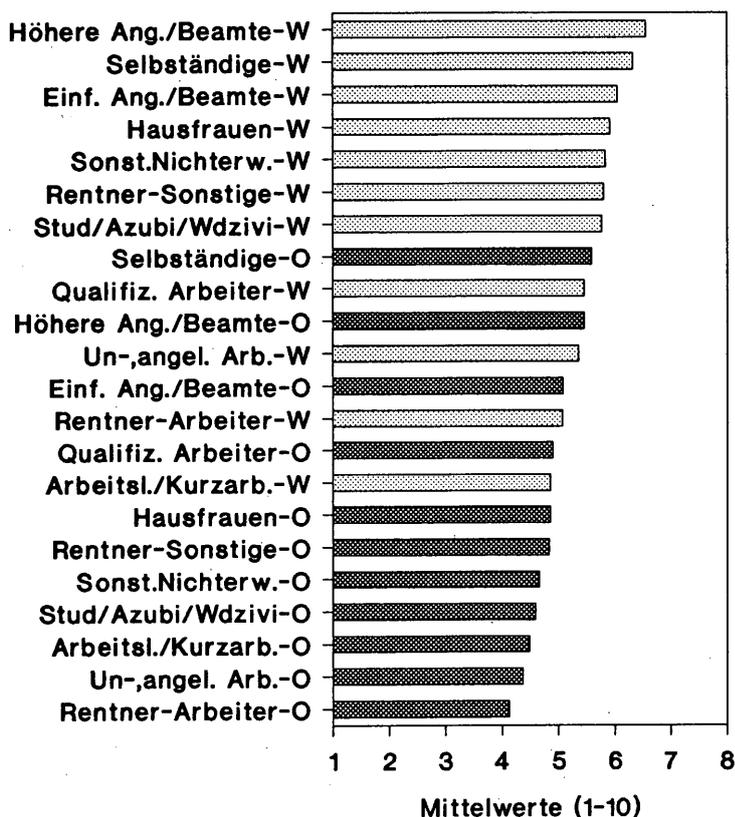
einigten Deutschlands subjektiv auf den unteren Rängen platziert, weil sie sich primär mit der westdeutschen Bevölkerung vergleicht und sich ihr aus einer Gefühlslage der Unterprivilegierung und relativen Deprivation kollektiv unterordnet.

#### Westdeutsche oben, Ostdeutsche unten in der Statushierarchie

Für die Hypothese einer subjektiven Unterschichtung spricht auch die Einstufung auf der „Oben-Unten-Skala“. Anders als die subjektive Schichtidentifikation mißt diese Skala eindimensional die Position auf einer vertikalen Statusachse. Auf der von 1 bis 10 reichenden Skala stufen sich die Westdeutschen im Durchschnitt mit einem Wert von 5,9 um einen gesamten Skalenpunkt höher ein als die Ostdeutschen mit 4,9. Graphik 2 verdeutlicht, wie die Verteilung der Skalenwerte im Bereich der neuen Bundesländer gegenüber der im Westen nach „unten“ verschoben ist. Ob sich jemand in der gesellschaftlichen Hierarchie eher oben oder unten lokalisiert, hängt unter anderem auch von der beruflichen Qualifikation, dem Einkommensniveau und seiner sozialen Lage ab. Für den Bereich der neuen Bundesländer zeigt sich jedoch, daß es hier weniger die Merkmale des individuellen sozioökonomischen Status sind, die der Einstufung zugrundeliegen, als der kollektive Status, ein Ostdeutscher zu sein.



**Graphik 3: Rangordnung Soziale Lagen nach Oben-Unten-Skala**



Datenbasis: ALLBUS 1991

Zusätzlich untermauert wird die These einer kollektiven subjektiven Unterschichtung, wenn man die verschiedenen Kategorien der sozialen Lage in Ost und West nach ihrer Einstufung auf der „Oben-Unten-Skala“ hierarchisch ordnet. Die oberen Positionen innerhalb dieser Rangordnung werden ausschließlich von westdeutschen, die unteren dagegen ausschließlich von ostdeutschen Statusgruppen eingenommen (Graphik 3). Lediglich im mittleren Bereich der Rangordnung gibt es Überschneidungen.

Neben der Positionierung einzelner Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Stushierarchie stellt die Gerechtigkeit der Verteilung knapper und begehrter Güter eine auch politisch relevante Dimension der sozialen Ungleichheit dar. Soziale Ge-

rechtigkeit gehört zu den zentralen Werten wohlfahrtsstaatlich organisierter Gesellschaften. Sie ist eine Dimension, die sich auf die Akzeptanz und Legitimation von Verteilungen und Austauschrelationen bezieht und stellt zweifellos auch einen Wertmaßstab dar, an dem die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland gegenwärtig gemessen wird.

**Drei von vier Ostdeutschen glauben weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten**

Bei der distributiven Gerechtigkeit der Verteilung materieller Ressourcen und Belohnungen geht es vor allem um die Frage, ob jedes Mitglied der Gesellschaft den Anteil am Gesamtprodukt erhält, der ihm auf-

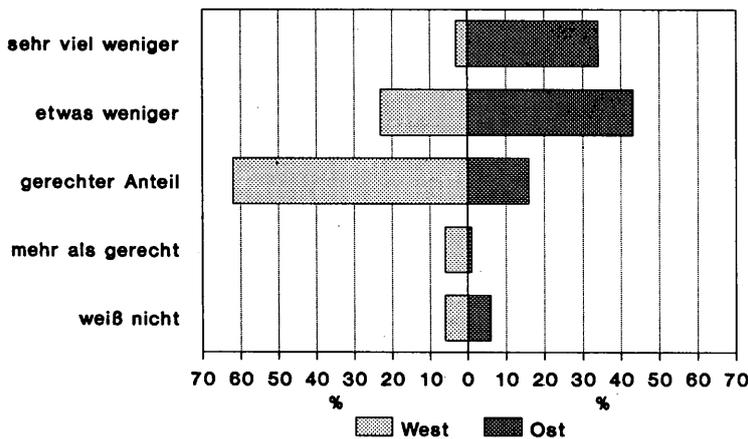
grund allgemein akzeptierter Wertvorstellungen zusteht. Die Verteilung der Antworten auf die Frage: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben sie, daß Sie ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger als Ihren gerechten Anteil oder sehr viel weniger?“ dokumentiert, wie gewaltig sich die Deutschen in Ost und West in der Beurteilung der Gerechtigkeit, die ihnen hinsichtlich ihrer Lebensbedingungen widerfährt, unterscheiden: Während zwei Drittel aller Westdeutschen erklären, ihren gerechten Anteil oder sogar mehr zu erhalten, sind mehr als drei Viertel aller Ostdeutschen davon überzeugt, nicht den Anteil zu bekommen, der ihnen gerechterweise zustünde (Graphik 4). Jeder dritte Bewohner der neuen Bundesländer gibt sogar an, nicht nur etwas, sondern sehr viel weniger als seinen gerechten Anteil an dem zu erhalten, was die Gesellschaft an Ressourcen und Belohnungen, d.h. Lebenschancen zu verteilen hat.

Die subjektive Überzeugung, ungerechtfertigterweise schlechtergestellt zu sein als andere, nimmt mit der Höhe des sozialen Status ab, ist aber über sämtliche Bevölkerungsgruppen hinweg im Osten Deutschlands deutlich stärker ausgeprägt als im Westen. Wie die Aufgliederung nach der sozialen Lage ergibt, reicht der Prozentsatz derjenigen, die glauben weniger als ihren gerechten Anteil zu erhalten, in keiner der westdeutschen Statuskategorien an die Werte der entsprechenden Kategorien der ostdeutschen Bevölkerung heran (Graphik 5). In einzelnen Statusgruppen - z.B. bei den un- und angelernten Arbeitern - erreicht der Anteil derjenigen, die das Verteilungsergebnis als ungerecht betrachten, in den neuen Bundesländern über 90 Prozent und unterschreitet in keiner der Kategorien 60 Prozent.

Diese und andere Befunde deuten darauf hin, daß die Befragten in den neuen Bundesländern auch bei der Beurteilung der Verteilungsgerechtigkeit nicht die eigene Bevölkerung als Bezugsgruppe heranziehen, sondern sich an westdeutschen Standards orientieren. „Im Vergleich dazu wie andere in Deutschland leben“ bedeutet ganz offensichtlich für die Mehrzahl der Ostdeutschen „wie die Westdeutschen leben“, und daran gemessen erscheint ihnen ihr Anteil weit davon entfernt, gerecht zu sein.

Die innere Spaltung, die in der Empfindung des „zu kurz kommens“ und der Wahrneh-

**Graphik 4: Im Vergleich dazu wie andere in Deutschland leben: Gerechter Anteil?**



Datenbasis: ALLBUS 1991

mung einer - gemessen am eigenen Abschneiden - ungerechten Verteilung der Lebenschancen bei der ostdeutschen Bevölkerung zum Ausdruck kommt, birgt nicht nur ein beachtliches Konfliktpotential für zukünftige Verteilungsauseinandersetzungen, sondern kann auf längere Sicht auch eine Bedrohung für die Legitimation und Stabilität der politischen Ordnung darstellen. Ob es dazu kommt, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, in welchem Umfang und auf welcher Basis soziale Ungleichheiten generell - d.h. über die Beurteilung der eigenen Position hinaus - als gerechtfertigt und akzeptabel angesehen werden und inwieweit sich die Ostdeutschen darin von den Westdeutschen unterscheiden.

Ob soziale Ungleichheit als gerechtfertigt angesehen und akzeptiert wird, hängt sowohl davon ab, worauf bestehende Unterschiede der materiellen Lebensbedingungen und des sozialen Ranges zurückgeführt als auch in welchem Umfang die normativen Prinzipien, die der Verteilung zugrundeliegen, allgemein geteilt werden. Einige der verschiedenen Dimensionen der Rechtfertigung und Akzeptanz sozialer Ungleichheit wurden im Rahmen der ALLBUS-Basiserhebung über eine Frage danach operationalisiert, „wie es in Deutschland mit den sozialen Unterschieden tatsächlich aussieht und wie es sein sollte“.

**Leistungsprinzip im Osten nicht weniger anerkannt als im Westen**

Die Frage ob - wie die funktionalistische Schichtungstheorie behauptet - soziale Ungleichheit als funktional erforderlich angesehen wird, um eine ausreichende Leistungsmotivation zu gewährleisten, wird mit der Aussage angesprochen, „nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistung“. Diese Form der Rechtfertigung sozialer Ungleichheit wird in den alten, aber auch in den neuen Bundesländern jeweils von einer Mehrheit der Bevölkerung - 64 Prozent der Westdeutschen und 58 Prozent der Ostdeutschen - geteilt. Daß die Differenz zwischen Ost und West so gering ausfällt mag zunächst überraschen, ist aber weniger erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die geringe Differenzierung der Einkommen und das weitgehende Fehlen von Leistungsanreizen in der DDR ein zentraler Gegenstand der Kritik war und darin auch eine wesentliche Ursache für die unzureichende Effektivität der Wirtschaft gesehen wurde.

Auch die Vermutung, die Ostdeutschen könnten im Vergleich mit den Westdeutschen dem Leistungsprinzip für die Verteilung des Einkommens einen geringeren und Bedarfskriterien einen höheren Stel-

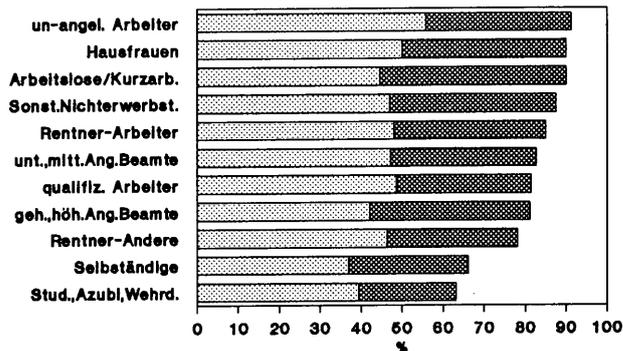
lenwert beimessen, bestätigt sich nicht. Mit 47 Prozent im Westen und 49 Prozent im Osten sind es jeweils weniger als die Hälfte der Befragten, die der Aussage zustimmen, daß das Einkommen sich nicht allein nach der Leistung des einzelnen richten, sondern vielmehr jeder das haben solle, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht. In Ost und West gleichermaßen unumstritten ist dabei jedoch, daß der Staat dafür zu sorgen hat, daß ein Bürger auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat. Lediglich 1 Prozent der Ostdeutschen und 10 Prozent der Westdeutschen betrachten es nicht als Aufgabe des Staates, die Bürger gegen die grundlegenden sozialen Risiken abzusichern und damit die negativen Auswirkungen einer uneingeschränkten Anwendung des Leistungsprinzips zu begrenzen.

Während die Prinzipien, die der Verteilung zugrunde liegen sollen, ähnlich beurteilt werden, unterscheiden sich die Auffassungen, ob und wodurch soziale Ungleichheit gerechtfertigt erscheint, in Ost und West zum Teil beträchtlich. Am geringsten sind sie noch im Hinblick darauf, ob soziale Unterschiede als Resultat einer der eigenen Verantwortung unterliegenden differentiellen Nutzung von Chancen betrachtet werden kann. Gleichwohl ist die Zustimmung zu der Aussage „die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat“, in der westdeutschen Bevölkerung mit einem Anteil von 53 Prozent höher als in der ostdeutschen Bevölkerung mit 45 Prozent. Wie es scheint, wird soziale Ungleichheit von den Ostdeutschen nicht in gleichem Maße wie im Westen als das Ergebnis individuellen und selbst zu verantwortenden Handelns angesehen.

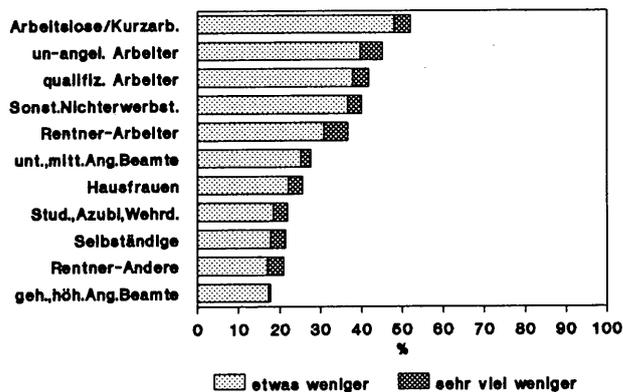
**Stellenwert individueller Anstrengungen im Westen höher als im Osten**

Für diese Interpretation spricht auch, daß die Bedeutung individueller Anstrengungen im Vergleich zu kollektiven Entscheidungen und den äußeren, d.h. individuell nicht beeinflussbaren, Umständen für das eigene Wohlergehen im Westen und Osten Deutschlands sehr unterschiedlich beurteilt wird. Der Aussage „was man im Leben bekommt, hängt gar nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates“, stimmt zwar

**Graphik 5: Im Vergleich dazu wie andere in Deutschland leben: Gerechter Anteil? Ostdeutschland**



**Westdeutschland**



Datenbasis: ALLBUS 1991

mit 56 Prozent auch eine Mehrheit der Westdeutschen zu, aber der Anteil ist doch sehr viel geringer als in den neuen Bundesländern, wo diese Auffassung drei Viertel aller Bürger teilen. Hier läßt sich eine gewisse Bestätigung für die Ansicht finden, daß die Bevölkerung der ehemaligen DDR ihr Heil mehr in kollektiven Lösungen als in der Initiative des Einzelnen suche. Der Befund kann aber auch als durchaus realistische Definition einer Situation interpretiert werden, in der die persönlichen Lebensumstände in ganz besonderem Maße durch den Zusammenbruch der alten und den Aufbau neuer Strukturen und Institutionen geprägt werden und dem einzelnen

Bürger nur ein begrenzter Handlungsspielraum zur Verfügung steht.

Mit der Aussage „ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht“ wird gegenüber der bereits angesprochenen Gerechtigkeit des individuellen Anteils am Gesamtprodukt die Legitimation der gesamten Ungleichheitsstruktur thematisiert. Auch aus dieser Perspektive bestätigt sich für die neuen Bundesländer das bereits identifizierte Legitimationsdefizit: Nureine Minderheit von 15 Prozent sieht die wahrgenommenen sozialen Unterschiede als gerecht an, gegenüber einem Anteil von 48 Prozent in der

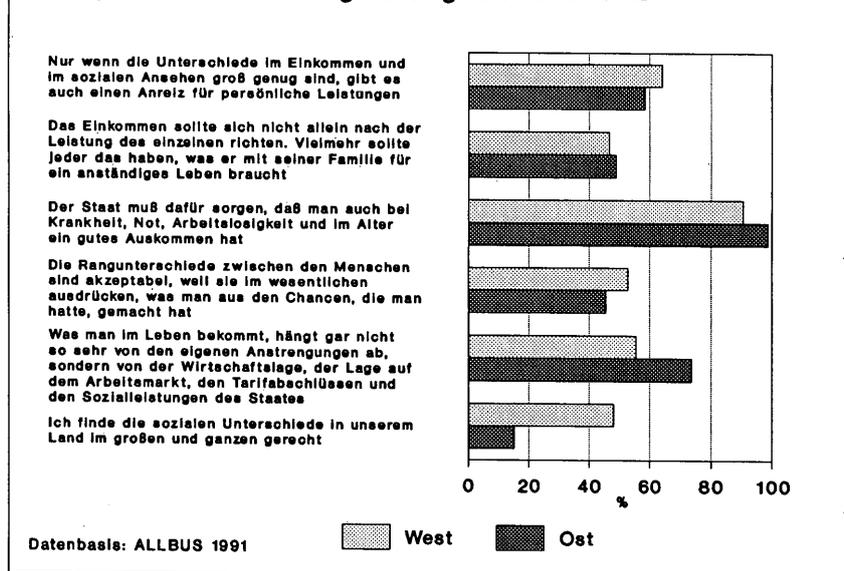
westdeutschen Bevölkerung. Bemerkenswerterscheint dabei, daß der Anteil derjenigen Befragten, die glauben, selbst ihren gerechten Anteil zu erhalten, im Westen erheblich größer ist als der Anteil derjenigen, die die Verteilung insgesamt als gerecht betrachten, während die entsprechenden Anteile im Osten der Größenordnung nach identisch sind.

**Ostdeutsche egalitärer eingestellt als Westdeutsche**

Faßt man die einzelnen genannten Items der Einstellung zu sozialer Ungleichheit durch eine einfache Addition der Skalenergebnisse zu einem Gesamt-Index zusammen, wird deutlich, daß die ostdeutsche Bevölkerung soziale Ungleichheit insgesamt kritischer beurteilt und egalitärer eingestellt ist als die westdeutsche. Für den Bereich der neuen Bundesländer errechnet sich ein Indexwert von 6,5 auf der von 0 bis 18 reichenden Skala, gegenüber einem Wert von 8,2 in Westdeutschland, wobei ein niedriger Skalenergebnis eine eher kritisch-egalitäre, ein hoher Skalenergebnis dagegen eine eher affirmativ-legitimierende Haltung indiziert. Für die alten und die neuen Bundesländer gilt gleichermaßen, daß mit der Präferenz von konservativen oder liberalen Parteien der Tendenz nach affirmativ-legitimierende und mit der Präferenz von Parteien, die im politischen Spektrum eher links stehen, kritisch-egalitäre Einstellungen gegenüber der sozialen Ungleichheit verbunden sind. Im Westen wie im Osten ist zudem festzustellen, daß mit der Höhe des sozialen Status affirmativ-legitimierende Einstellungen zunehmen: Wer zu denjenigen gehört, die das Verteilungssystem begünstigt, hat an der sozialen Ungleichheit erwartungsgemäß weniger auszusetzen als diejenigen, die es benachteiligt.

So unterschiedlich wie die objektiven Lebensbedingungen in Deutschland-Ost und Deutschland-West gegenwärtig noch sind, so sehr unterscheiden sich - das dokumentieren die dargestellten Ergebnisse - West- und Ostdeutsche auch in ihrer Wahrnehmung, Legitimation und Akzeptanz der sozialen Ungleichheit. Das Bewußtsein der neuen Bundesbürger in der gesellschaftlichen Hierarchie in ihrer Gesamtheit weit unten, d.h. vor allem unterhalb der westdeutschen Bevölkerung, zu stehen, die kollektive Überzeugung der Unterprivilegierung sowie die generelle Wahrnehmung einer ungerechten Verteilung des Reichtums deuten ein Konfliktpotential an, das

**Graphik 6: Zustimmung zu Ungleichheitsitems**



den Prozeß der Integration und Verwirklichung der „inneren Einheit“ nachhaltig belasten kann. Daß mit der zu erwartenden sukzessiven Angleichung der objektiven Lebensbedingungen zugleich auch die bestehenden Ressentiments abgebaut werden, scheint keineswegs sicher, falls auch in diesem Zusammenhang das als Tocqueville-Effekt bezeichnete Paradox gilt, daß mit

der Verringerung der Ungleichheit die Aufmerksamkeit und Empfindlichkeit gegenüber der verbleibenden Ungleichheit nicht abnimmt, sondern wächst.

*Heinz-Herbert Noll  
Friedrich Schuster  
(Tel.: 0621118004-14)*

## Umwelt und Lebensbedingungen

### Bericht des OECD-Sekretariats zur Umweltsituation

Fast täglich erscheinen in den Medien Meldungen zu Umweltthemen wie beispielsweise Klimaveränderung, bedrohte Tierarten oder Luftbelastung. Während an isolierten Problem- und Zustandsbeschreibungen kein Mangel herrscht, so fehlt doch in der Regel eine aussagekräftige Gesamtansicht der Umweltsituation. In diese Lücke stößt der Globalreport „The State of the Environment“ des OECD-Sekretariats, der die Umweltberichterstattung dieser Institution fortsetzt. Er baut auf den Erfahrungen früherer Publikationen auf und enthält erstmals einen beigefügten zweiten Band mit einem Umweltindikatorensystem. Der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung der OECD mit der Umweltproblema-

tik ist deren Ziel, die ökonomische Entwicklung ihrer Mitgliedsländer zu fördern und auf eine dauerhafte und tragfähige Basis zu stellen. Grundbedingung hierfür ist die Existenz eines intakten Ökosystems, welches in ausreichendem Maße natürliche Ressourcen für den Wirtschaftsprozess bereitstellt und entstehende Belastungen ohne Gefährdung der Lebensgrundlagen toleriert. Aus der Sicht der OECD werden viele der akuten und erkennbaren Umweltprobleme durch die externen Effekte industriegesellschaftlicher Produktions- und Konsumprozesse gerade in den hochindustrialisierten OECD-Mitgliedsländern verursacht. Aus der Erkenntnis der Gefährdung von Wachstumszielen durch ökologische Faktoren er-

gibt sich die Notwendigkeit einer stärkeren Integration von ökonomischen und ökologischen Überlegungen bei den umwelt- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen der kommenden Jahrzehnte.

Der vorliegende Bericht soll als Informationsgrundlage für eine derartige verstärkte Integration dienen und wesentliche Entwicklungen und Problembereiche der Umweltsituation darstellen. Hierbei werden nicht nur einzelne Aspekte der Umweltbelastung wie beispielsweise Schädigung der Erdatmosphäre, Luftverschmutzung und Wasserbelastung behandelt, sondern auch auf deren ökonomischen und soziodemographischen Entstehungskontext in den Bereichen Landwirtschaft, industrielle Produktion, Verkehr, Energie und Bevölkerungsentwicklung eingegangen.

Knapp und präzise, ohne den Leser mit technischen Details zu überlasten, wird mit vielen sorgfältig recherchierten Fakten ein Überblick über die Umweltsituation vermittelt. Auf einer Datengrundlage, die bis zum Beginn der siebziger Jahre zurückreicht sowie ergänzenden empirischen Informationen und Materialien wird ein umfassendes Bild von aktuellen Entwicklungen und Trends, Erfolgen wie auch Problemen im Umweltbereich vermittelt und durch Fallbeispiele aus einzelnen Mitgliedsländern ergänzt. Positiv fällt auch die gelungene tabellarische und graphische Präsentation der Daten auf.

So werden beispielsweise im Kapitel zur Luftreinhaltung die Erfolge umweltpolitischer Maßnahmen bei der Reduktion „klassischer“ Schadstoffe wie Schwefeldioxid und Staubemissionen nachgezeichnet. Hierbei zeigt sich in den OECD-Ländern seit Beginn der 70er Jahre ein Rückgang der Emissionen zwischen 30 und 85 Prozent. Gleichzeitig wird jedoch in den Schlußfolgerungen zu diesem Kapitel auf verbliebene oder neue Probleme wie steigende Stickoxidemissionen oder die zunehmende Bedeutung organischer Verbindungen bei der Ozonbildung in den unteren Atmosphärenschichten hingewiesen. Als Hauptverursacher kann hierbei der Straßenverkehr gelten, dessen Nettoemissionen aufgrund des kontinuierlich anwachsenden Verkehrsaufkommens schneller zunehmen als durch strengere Abgasgrenzwerte kompensiert werden kann. So geht aus dem Kapitel zum Umweltproblem Verkehr hervor, daß dieser 1988 in der Bundesrepublik Deutschland für 65 Prozent der Stickoxidemissionen und für 74 Prozent der Kohlenmonoxidemissionen verantwortlich war. Im internationalen Vergleich wird deutlich, daß die

Bundesrepublik hierbei keineswegs einen Sonderfall darstellt, sondern bezogen auf andere führende Industrienationen Europas sowie die USA und Japan im Mittelfeld liegt.

Über die Darstellung des Umweltzustandes hinaus liegt ein weiterer Schwerpunkt des Berichts in der Evaluation der Umweltsituation und der Festlegung umweltpolitischer Zielsetzungen und Prioritäten, auf die am Ende eines jeden Kapitels eingegangen wird. Der Umsetzung dieser umweltpolitischen Ziele soll dabei das im abschließenden dritten Teil dargestellte Instrumentarium von Maßnahmen und Möglichkeiten des effizienten Umweltmanagements dienen.

Als Grundlage für eine ständige Überprüfung und Bewertung umweltpolitischer Maßnahmen und Handlungserfolge sowie der verstärkten Integration ökonomischer und ökologischer Überlegungen soll in Zukunft ein weiterentwickeltes Umweltindikatorensystem dienen. Der Grundstein hierfür wurde durch den erstmals beigelegten Band „Environmental Indicators“ gelegt, in dem ausgewählte Indikatoren zur Umweltsituation und deren Entstehungskontext zusammengestellt sind. Dieses Indikatorensystem stellt den Versuch dar, die komplexe Gesamtsituation in Form einiger zentraler Angaben überschaubar und bewertbar zu machen. Zu diesem Zweck wurden die Werte der einzelnen OECD-Mitgliedsländer für den Zeitraum von 1970 bis heute aufgeführt und dem Mittelwert aller OECD-Länder gegenübergestellt. Grafiken erleichtern hierbei den Überblick über die Situation einzelner Länder im internationalen Vergleich und über allgemeine Entwicklungstrends.

Insgesamt liefert der Bericht ein aussagekräftiges Gesamtbild der Umweltsituation, die für die Lebensbedingungen der kommenden Jahrzehnte in zunehmendem Maße von Bedeutung sein wird. Der durchdachte und systematische Aufbau kann als beispielgebend für weitere Publikationen im Bereich der Umweltberichterstattung gelten. Zu wünschen wären allerdings mehr Hinweise auf Informationsquellen und Literatur.

OECD: The State of the Environment. Paris 1991. 295 Seiten. ISBN 92-64-13442-5. DM 70,00. Zu beziehen bei: OECD Publications and Information Centre, Schedenstrasse 7, 5300 Bonn 1.

Friedrich Schuster  
(Tel.: 0621/18004-13)

## Positive wirtschaftliche Entwicklung erwartet

### Das subjektive Wirtschaftsklima in Deutschland

Das subjektive Wirtschaftsklima, also die Frage für wie gut oder wie schlecht die Bürger die wirtschaftliche Lage einschätzen, war in der Bundesrepublik seit den achtziger Jahren von einer im großen und ganzen positiven Stimmung geprägt. Die Bürger schätzten ihre eigene wirtschaftliche Lage im Durchschnitt zwischen „gut“ und „indifferent“ ein. Die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Lage verbesserte sich von „schlecht“ zu Beginn der achtziger Jahre auf „gut“ im Jahr 1990. In diesem Jahr wurde auch zum ersten Mal die gesamtwirtschaftliche Lage der Bundesrepublik besser als die eigene wirtschaftliche Lage eingeschätzt. In den Jahren 1990 und 1991 konnten auch die Bürger in den fünf neuen Bundesländern nach ihrer subjektiven Einschätzung der Wirtschaftslage befragt werden. Während die Einschätzungen der gesamtwirtschaftlichen Lage nahezu identisch sind, beurteilen sie ihre individuelle Wirtschaftslage wesentlich schlechter als die Westdeutschen. Noch erheblich schlechter als ihre individuelle Lage wird von den Ostdeutschen die ihres Bundeslandes eingeschätzt. Die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr sind in allen Teilen Deutschlands positiv. In den alten Bundesländern wird eine weiterhin stabile wirtschaftliche „Schönwetterlage“ erwartet. Die Bürger in den neuen Bundesländern sehen erhebliche Verbesserungen der derzeit mißlichen Wirtschaftslage. Damit kann gegenwärtig ein positives psychologisches Umfeld für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland festgestellt werden.

Objektive ökonomische Daten, wie Umsatz und Auftragslage, markieren vollzogene wirtschaftliche Handlungen der verschiedenen Wirtschaftssubjekte. Die individuellen Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage reflektieren das Handlungsumfeld und dort vor allem die Bereitschaft zu konkreten Wirtschaftshandlungen. Deshalb können die subjektiven Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage als Indikatoren des Wirtschaftsklimas gelten; ein Begriff, der sich an den des Meinungsklimas aus der Demoskopie anlehnt. Insofern die Entwick-

lung der Volkswirtschaft nicht nur von der Psychologie und dem Handeln der Unternehmen abhängt, sondern in modernen Industrienationen auch wesentlich von den Konsumentscheidungen der privaten Haushalte geprägt wird, erhalten allgemeine Bevölkerungsumfragen Bedeutung für die Analyse des Wirtschaftsklimas. Dort wird auf einfache Weise gefragt, wie die Bürger ihre eigene wirtschaftliche Lage und die der Volkswirtschaft einschätzen. Wenn auch tendenziell die Kaufmannsweisheit „lerne zu klagen ohne zu leiden“ gilt, und deshalb

Tabelle 1: Subjektives Wirtschaftsklima in Westdeutschland 1982 bis 1991

	1982	1984	1986	1990	1991
Lage der Bundesrepublik	3,3	3,0	2,7	2,0	2,2
eigene wirtschaftliche Lage	2,6	2,6	2,5	2,3	2,3

Mittelwerte auf einer fünfstufigen Skala (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = teils/teils, 4 = schlecht, 5 = sehr schlecht).

Fragen: »Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik? Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?«

Datenbasis: ALLBUS 1982 bis 1990, ALLBUS-Baselinestudie 1991

**Tabelle 2: Subjektives Wirtschaftsklima in Ost und West 1990 und 1991**

	West		Ost	
	1990	1991	1990	1991
Lage in Deutschland	2,0	2,2	2,3	2,4
Lage im Bundesland		2,2	3,6	3,6
eigene wirtschaftliche Lage	2,3	2,3	2,8	2,9

Mittelwerte auf einer fünfstufigen Skala (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = teils/teils, 4 = schlecht, 5 = sehr schlecht).

Fragen: »Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Und die heutige wirtschaftliche Lage in Ihrem Bundesland? Und Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?«

Datenbasis: ALLBUS 1990 West, ISSP-PLUS 1990 (Ost), ALLBUS-Baselinestudie 1991

nur relativ wenige bereit sind, ihre eigene wirtschaftliche Lage als „ausgezeichnet“ zu bezeichnen, so kann dennoch mit den Mitteln der Umfrageforschung das subjektive Wirtschaftsklima hinreichend genau abgebildet werden. Für das frühere Gebiet der Bundesrepublik liegen hierzu Daten aus den ALLBUS-Befragungen der Jahre 1982 bis 1990 vor. Daten für die fünf neuen Bundesländer wurden zuerst im Dezember 1990 im Rahmen der ISSP-PLUS-Befragung und dann wieder im Jahr 1991 im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „ALLBUS-Baselinestudie 1991“ erhoben. Die folgenden Analysen beziehen sich auf diese Daten.

**1982 bis 1991: Im Westen geht es bergauf**

Die öffentliche Diskussion über die hohe Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte der achtziger Jahre hat nach den Daten des ALLBUS bis an das Ende der achtziger Jahre klimatische Wirkungen gezeigt: erst ab 1990 schätzen die Bürger im Westen die gesamtwirtschaftliche Lage besser ein als ihre eigene Wirtschaftslage (vgl. Tabelle 1). Die Mittelwerte bei der Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage waren zwischen 1982 und 1991 relativ stabil; sie lagen jeweils zwischen „gut“ und „indifferent“. Dagegen wurde die gesamtwirtschaftliche Lage anfänglich eher „schlecht“ beurteilt. Ihre Beurteilung verbesserte sich dann aber im Durchschnitt bis zum Jahr 1990 kontinuierlich auf „gut“. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich in der Meinung der Bürger die gesamtwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik zwischen 1982 und 1990 erheb-

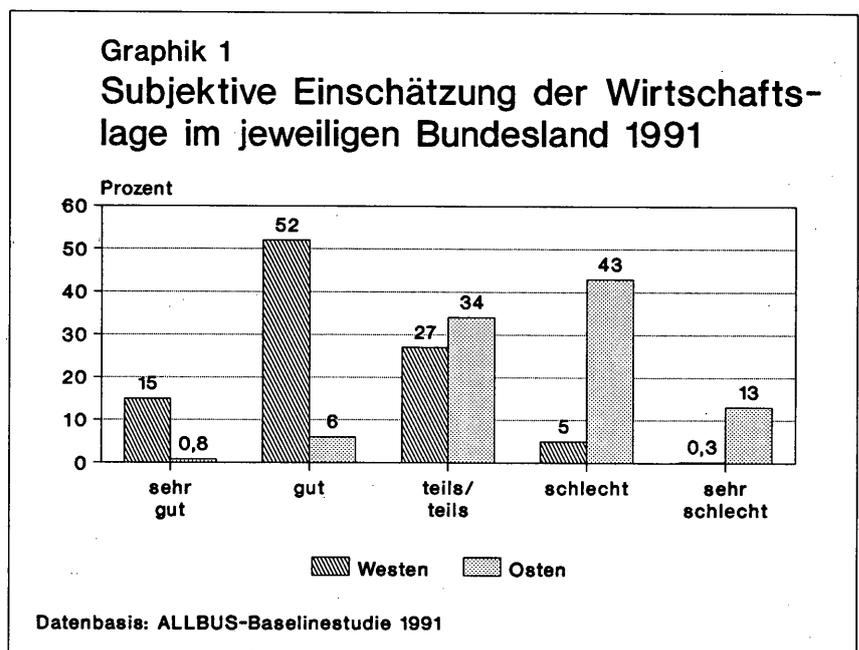
lich verbessert hat, während die eigene wirtschaftliche Lage zwischen „gut“ und „indifferent“ nahezu konstant geblieben ist. Weitergehende Analysen haben gezeigt, daß die Einschätzung des Wirtschaftsklimas relativ unabhängig von soziodemographischen und sozialpsychologischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Wertorientierungen und politischem Interesse ist.

**1990 und 1991: Das Wirtschaftsklima im wiedervereinigten Deutschland**

Das vergleichsweise gute Wirtschaftsklima im Westen wurde in den letzten beiden Jahren mit dem wesentlich rauheren Klima

im Osten der Bundesrepublik konfrontiert. Die Bürger in den fünf neuen Bundesländern differenzieren sehr genau zwischen der gesamtwirtschaftlichen Lage in Deutschland, der Lage in ihrem Bundesland und ihrer persönlichen Wirtschaftslage (vgl. Tabelle 2). Die eigene wirtschaftliche Lage wird als „indifferent“, die Lage in ihrem Bundesland (d.h. zusammengenommen in den fünf neuen Bundesländern) als „schlecht“ und die gesamtwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik als „gut“ bezeichnet. Die negative Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in den fünf neuen Bundesländern ist sowohl eine Folge der objektiv schlechten Wirtschaftssituation im Osten Deutschlands als auch eine Reflexion der öffentlichen Diskussion über die wirtschaftlichen Verhältnisse in den fünf neuen Bundesländern.

Dagegen unterscheiden die Bürger im Westen in der Regel nicht zwischen der wirtschaftlichen Lage in ihrem Bundesland und der gesamtwirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik: die Mittelwerte beider Einschätzungen sind identisch. Die Unterschiede zwischen Ost und West in der Einschätzung des Wirtschaftsklimas werden noch deutlicher, wenn man anstelle von Mittelwerten die Verteilung der Antworten auf die fünf Kategorien betrachtet (vgl. Graphik 1): Im Westen beurteilen die Bürger die wirtschaftliche Lage im jeweiligen Bundesland zum überwiegenden Teil positiv; eine negative Einschätzung wird nur



von rund fünf Prozent der Befragten angegeben. Im Osten ist es gerade umgekehrt. Hier überwiegt ganz eindeutig die negative Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im jeweiligen Bundesland.

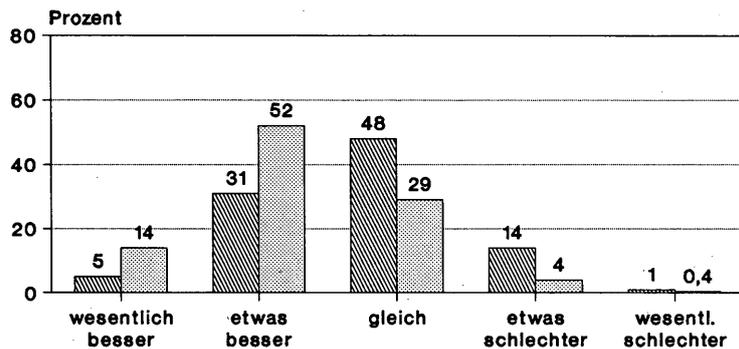
**Große Hoffnungen auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den fünf neuen Bundesländern**

Im Frühsommer 1990 wurden die Bürger in den westlichen Bundesländern gefragt, wie sie die zukünftige gesamtwirtschaftliche Lage („in einem Jahr“) beurteilen. Etwa die Hälfte meinte damals es werde sich nichts ändern. Je ein Fünftel gab an, die Lage werde etwas besser bzw. etwas schlechter. In der Sprache der Meteorologen lautete die Prognose damals also „gleichbleibend schön“. Ein Jahr später wurde diese Prognose dann im wesentlichen wiederholt. Bemerkenswert ist jetzt aber der höhere Anteil der Befragten, die eine Verbesserung erwarten. Ein Drittel der Bürger aus den westlichen Bundesländern sind von einer positiven Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage im nächsten Jahr überzeugt (vgl. Graphik 2). Dies ist hauptsächlich ein Reflex der erwarteten Verbesserungen in den fünf neuen Bundesländern und weniger eine Änderung der Prognose für die alten Bundesländer, denn im Hinblick auf die Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage im jeweiligen Bundesland bleibt es bei der Prognose „gleichbleibend schön“. Ebenso stetig wird die Entwicklung der persönlichen Wirtschaftslage gesehen.

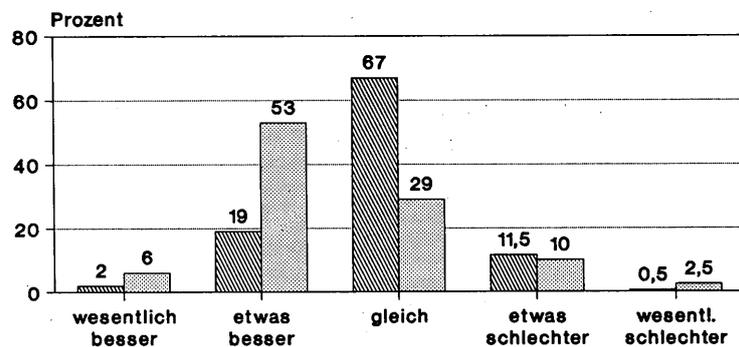
Im Vergleich mit den Bürgern im Westen der Republik setzen die Bürger aus den fünf neuen Bundesländern größere Hoffnungen in die zukünftige Entwicklung der Wirtschaftslage. Mehr als 70 Prozent erwarten eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage und mehr als 45 Prozent eine Verbesserung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage. Als Fazit kann festgehalten werden, daß in den alten Bundesländern auf allen Ebenen eine anhaltende „Schönwetterlage“ des subjektiven Wirtschaftsklimas vorherrscht. Die Bürger in den fünf neuen Bundesländern dagegen erwarten Verbesserungen der derzeit eher bedrückenden Wirtschaftslage innerhalb des nächsten Jahres.

Peter Ph. Mohler  
(Tel.: 0621/18004-42)

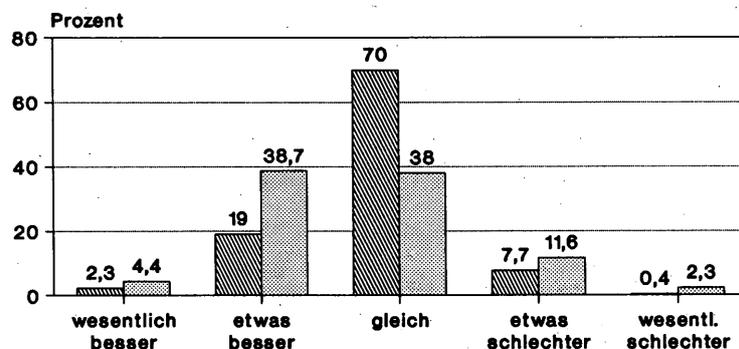
**Graphik 2  
Erwartungen der zukünftigen Wirtschaftslage in der Bundesrepublik**



**Erwartungen der zukünftigen Wirtschaftslage im jeweiligen Bundesland**



**Erwartungen der eigenen zukünftigen Wirtschaftslage**



Westen (hatched)    Osten (solid)

Datenbasis: ALLBUS-Baselinestudie 1991

# Versorgungsmängel trotz Einkommenssteigerungen in der DDR

## Zur Entwicklung der Einkommenssituation privater Haushalte in beiden deutschen Staaten

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist die Gegenüberstellung der Einkommenssituation privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mit Hilfe von Zeitreihen sozialer Indikatoren wird die Entwicklung ausgewählter monetärer Aspekte der materiellen Versorgung privater Haushalte über einen möglichst langen Zeitraum verglichen. Soweit die dazu notwendigen Daten vorliegen, ist das besondere Interesse auf die Situation in der ehemaligen DDR unmittelbar vor und nach der politischen Wiedervereinigung beider deutscher Staaten im Jahr 1990 gerichtet, da von diesem Ereignis erhebliche Veränderungen der Einkommens- und Verbrauchssituation der Bevölkerung ausgingen. Der Beitrag versteht sich als Teil einer retrospektiven gesellschaftlichen Dauerbeobachtung mit gesamtdeutschem Blickwinkel, deren Ergebnisse für das Verständnis der jüngsten Entwicklungen in Deutschland nicht ohne Bedeutung sind.

Ein empirischer Vergleich der Einkommensverwendung privater Haushalte in beiden deutschen Staaten wird durch die Tatsache erschwert, daß das System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen, wie es in der Bundesrepublik Deutschland verwendet wird, und das System Volkswirtschaftlicher Bilanzen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, das den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zugrunde lag, sich in den Begriffen, Definitionen und Abgrenzungen erheblich voneinander unterscheiden. Als Ausweg aus diesem grundsätzlichen Dilemma bietet sich gegenwärtig an, den innerdeutschen Einkommensvergleich weitgehend von der Ebene der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die in beiden deutschen Staaten durchgeführten einkommens- und verbrauchstatistischen Erhebungen zu verlagern. Weil es sich hierbei zwar um weitgehend ähnliche aber nicht völlig identische Stichproben handelt, basieren die jeweils zu vergleichenden Indikatorzeitreihen gewöhnlich auch nicht auf völlig identischen Einkommensbegriffen und Haushaltsabgrenzungen. Die grundlegenden Vergleichsmöglichkeiten werden dadurch allerdings nicht wesentlich beeinträchtigt; allerdings müssen die numerischen Unterschiede zwischen den jeweiligen Zeitreihen bisweilen vorsichtiger interpretiert werden.

Kontinuierliche Zeitreihen über die Entwicklung der Haushaltseinkommen in der

Bundesrepublik liegen auf der Basis der „Laufenden Wirtschaftsrechnungen ausgewählter Haushalte“ für drei verschiedene Haushaltstypen vor. Am wichtigsten sind dabei die bis in das Jahr 1950 zurückreichenden Daten des Haushaltstyps 2: 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. Für die Darstellung der Entwicklung der Haushaltseinkommen in der DDR können auf der Grundlage der „Statistik des Haushaltsbudgets von Arbei-

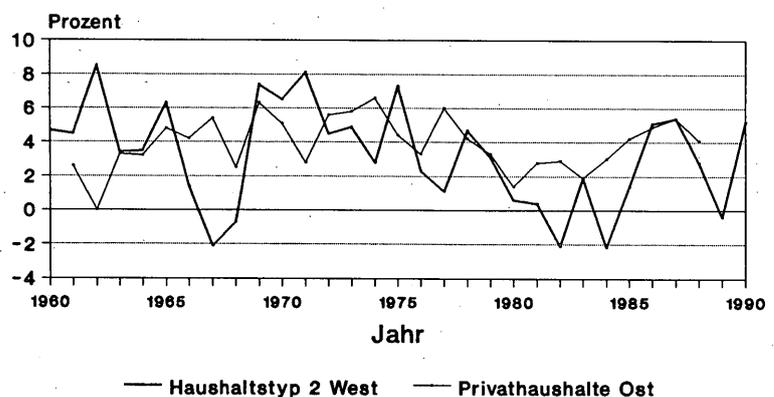
ter- und Angestelltenhaushalten“ Zeitreihen konstruiert werden, die mit dem Jahr 1960 beginnen und fast bis zur Auflösung der Deutschen Demokratischen Republik reichen.

### Wachstum des realen Haushaltsnettoeinkommens auch in der DDR

Wegen der zunehmenden Einkommensbelastung durch direkte Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung sowie insbesondere wegen der steigenden Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik weist vor allem die Zeitreihe des durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommens aber auch die des Nettoeinkommens von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen deutlich höhere Wachstumsraten auf als die Zeitreihe des realen Haushaltsnettoeinkommens. Dagegen zeigen sich zwischen diesen drei Einkommensaggregaten bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR wegen der im Zeitablauf nur geringfügig gestiegenen gesetzlichen Einkommensbelastung sowie behördlich festgesetzter Preise kaum Unterschiede.

Vergleicht man die jährlichen Wachstumsraten des realen Haushaltsnettoeinkommens von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland mit denen des Einkommens von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der Deutschen Demokrati-

Graphik 1  
Jährliche Wachstumsraten des realen Haushaltsnettoeinkommens



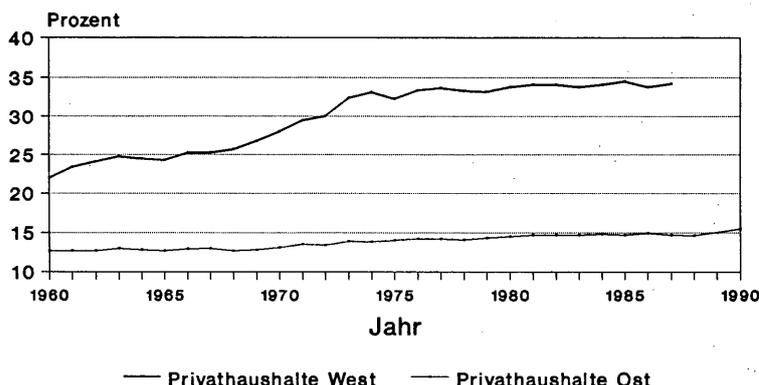
Datenbasis: Statistisches Bundesamt und Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

schen Republik, so werden mehrere Unterschiede deutlich: Im vergleichbaren Zeitraum von 1961 bis 1988 weisen die Wachstumsraten des realen Haushaltsnettoeinkommens beim Haushaltstyp 2 größere Schwankungen auf als die Einkommensentwicklung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der DDR. Zu Beginn der sechziger und dann wieder anfangs der siebziger Jahre konnten 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik höhere Realeinkommenssteigerungen verbuchen als die Arbeiter- und Angestelltenhaushalte in der DDR. Andererseits mußten sie aber auch in der zweiten Hälfte der sechziger und in der ersten Hälfte der achtziger Jahre im Gegensatz zu den Haushalten in der DDR in einzelnen Jahren geringfügige Realeinkommensverluste hinnehmen.

Bis zum Jahr 1988 war das reale Haushaltsnettoeinkommen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der Deutschen Demokratischen Republik auf das 2,85fache des Niveaus von 1961 angestiegen. Bei den 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland fand im gleichen Zeitraum ein Einkommensanstieg um das 2,32fache statt. Bei dieser Entwicklung darf man allerdings das erhebliche Einkommensgefälle zwischen beiden deutschen Staaten nicht außer acht lassen. So lag das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR real, d.h. in Preisen von 1985, im Jahr 1960 bei 727 Mark und im Jahr 1988 bei 2118 Mark. Das entsprechende Haushaltsnettoeinkommen von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen in der Bundesrepublik lag dagegen im Jahr 1960 bei 1689 DM und erreichte bis 1988 einen Betrag von 4102 DM.

Aber unabhängig vom Kaufkraftunterschied der von den privaten Haushalten in Ost und West erzielten Einkommen kann man aus dem Vergleich der Einkommenszuwächse nicht auf eine stärkere Wohlfahrtssteigerung in der DDR schließen. Dazu hätten den Realeinkommenssteigerungen auch die entsprechenden quantitativen und qualitativen Verbesserungen des Waren- und Dienstleistungsangebots gegenüberstehen müssen. Das war allerdings nicht der Fall, denn in der DDR konnten selbst in den letzten Jahren eine ganze Reihe verbrauchsrelevanter Waren nicht immer und überall von der Bevölkerung gekauft werden.

## Graphik 2 Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens



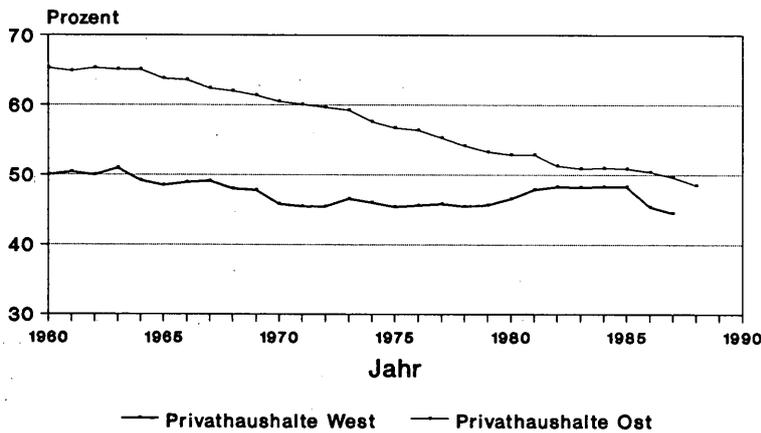
Datenbasis: Statistisches Bundesamt und  
Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

### Höheres Versorgungsniveau mit öffentlichen Gütern und durch staatliche Transferleistungen in der Bundesrepublik

Die Höhe des Nettoeinkommens ist für private Haushalte von größerer unmittelbarer Wohlfahrtsrelevanz als das Bruttoeinkommen, denn das Haushaltsnettoeinkommen determiniert den monetären Rahmen, innerhalb dessen die materielle Versorgungssituation durch individuelle Konsumentscheidungen der verschiedenen Haushaltsmitglieder gestaltet werden kann. Daneben hat aber auch die Belastung des Haushaltsbruttoeinkommens durch Einkommenssteuern und Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung eine eigenständige Bedeutung für die Wohlfahrt von Personen und Privathaushalten. Die direkten Steuern auf private Einkommen sind ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Steueraufkommens, aus dem die verschiedenen staatlichen Leistungen bereitgestellt werden, die von der Bevölkerung unentgeltlich oder zu subventionierten Preisen in Anspruch genommen werden können. Durch die Beiträge zur Sozialversicherung wird die Kontinuität der materiellen Versorgung bei verschiedenen Einkommensrisiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie im Alter sichergestellt.

Die Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens aller privaten Haushalte durch Einkommenssteuern und Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ist in der Bundesrepublik Deutschland von 22 Prozent zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Jahr 1960 kontinuierlich bis auf ungefähr 33 Prozent in der Mitte der siebziger Jahre angestiegen. Seitdem oszilliert sie um das erreichte hohe Niveau. Dagegen war die Abgabenbelastung des Haushaltsbruttoeinkommens von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der Deutschen Demokratischen Republik wesentlich niedriger und hat sich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg kaum verändert. Zwischen 1960 und 1990 fand lediglich ein Anstieg um zwei Prozentpunkte von ungefähr dreizehn auf fünfzehn Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens statt. Wegen der den beiden Zeitreihen zugrundeliegenden unterschiedlichen Haushaltsabgrenzungen sollte die Differenz der Abgabenbelastung des Bruttoeinkommens privater Haushalte in beiden deutschen Staaten nicht numerisch exakt interpretiert werden. Gleichwohl wird durch die höhere Belastung des Einkommens privater Haushalte in der Bundesrepublik deutlich, daß sich die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern und durch staatliche Transferleistungen, unabhängig von den

**Graphik 3**  
**Restitutiver Einkommensanteil**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und  
Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

verschiedenartigen Finanzierungssystemen, auf einem höheren Niveau befand als in der DDR.

**Rückgang des Anteils „restitutiver“ Ausgaben in beiden deutschen Staaten**

Der Begriff des verfügbaren Haushaltseinkommens, der inhaltlich mit dem des Haushaltsnettoeinkommens fast identisch ist, suggeriert, daß die Verwendung dieses Einkommens von den privaten Haushalten nach Belieben gestaltet werden kann. Das ist allerdings aus verschiedenen Gründen nicht der Fall. Insbesondere deshalb nicht, weil ein erheblicher Teil des Einkommens für unmittelbar lebensnotwendige Ausgaben zur Befriedigung der elementaren Grundbedürfnisse Nahrung, Kleidung und Wohnung aufgewendet werden muß. Dieser sogenannte restitutive Einkommensanteil ist in entwickelten Industrienationen nur schwer zu operationalisieren. Wenn man ihn wie im vorliegenden Beitrag durch die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel, Bekleidung, Wohnungsmieten und Energie mißt, dann muß man berücksichtigen, daß mit steigendem materiellen Wohlstand der privaten Haushalte diese Ausgabenkategorien neben ihren lebensnotwendigen Bestandteilen in zunehmendem Umfang auch Elemente enthalten, die dem gehobenen Bedarf zuzurechnen sind. Dies trifft für die Bundesrepublik in weitaus stärkerem Maße zu als für die ehemalige DDR.

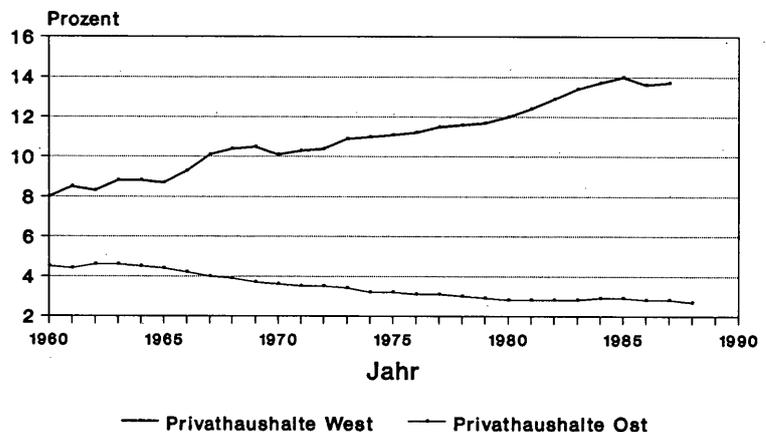
Die Entwicklung des Anteils der restitutiven Ausgaben am verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland weist, nicht zuletzt wegen des eben genannten Problems des gehobenen Bedarfs, über den gesamten Untersuchungszeitraum einen vergleichsweise geringen Rückgang um fünfeinhalb Prozentpunkte von 50 Prozent im Jahr 1960 auf 44,5 Prozent im Jahr 1987 auf. Dagegen fällt bei den Arbeiter- und Angestellten-

haushalten in der Deutschen Demokratischen Republik der Rückgang mit über fünfzehn Prozentpunkten deutlich stärker aus. Hier war allerdings auch mit einem restitutiven Einkommensanteil von rund 65 Prozent das Ausgangsniveau im Jahr 1960 wesentlich höher. Trotz einer deutlich geringeren Qualität und Vielfalt des Waren- und Dienstleistungsangebots sowie des wesentlich kleineren Anteils des in den restitutiven Ausgaben enthaltenen gehobenen Bedarfs lag auch im Jahr 1987 der restitutive Einkommensanteil in der DDR noch über dem in der Bundesrepublik. Die Höhe des Anteils der restitutiven Ausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen ist in erster Linie abhängig von der Realeinkommensentwicklung. Deshalb beruht sich der Anstieg des restitutiven Einkommensanteils aller privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre vor allem durch die in diesen Jahren stagnierenden Realeinkommen der privaten Haushalte.

**Gegensätzliche Entwicklungen der relativen Mietbelastung**

Während sich die Entwicklung des restitutiven Einkommensanteils privater Haushalte in beiden deutschen Staaten nur im Ausgangsniveau und in der Stärke des Rückgangs aber nicht in der grundlegenden Entwicklungsrichtung unterscheidet, zeigt die relative Mietbelastung privater Haushalte auch unter diesem Aspekt einen gegensätzlichen Verlauf. Der Anteil der Ausgaben

**Graphik 4**  
**Relative Mietbelastung**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und  
Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

für Wohnungsmieten am verfügbaren Haushaltseinkommen aller privaten Haushalte ist in der Bundesrepublik Deutschland von acht Prozent im Jahr 1960 auf fast vierzehn Prozent im Jahr 1987 gestiegen. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen ist die relative Mietbelastung von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten im Untersuchungszeitraum kontinuierlich von viereinhalb Prozent auf unter drei Prozent gesunken.

In diesen gegensätzlichen Entwicklungen kommen verschiedene Tatsachen zum Ausdruck: In der Bundesrepublik wurde der Wohnungsbau und damit auch die Wohnungsverorgung der Bevölkerung in immer größerem Umfang dem Marktmechanismus überlassen. Die steigenden Mieten sind damit einerseits die Folge eines ständigen Nachfrageüberhangs und andererseits das Ergebnis einer quantitativen und qualitativen Nachfrageveränderung nach mehr und besser ausgestattetem Wohnraum. In der DDR dagegen war der Wohnungsmarkt überwiegend staatlich reguliert und die Mietpreise wurden aus politischen Gründen auf niedrigem Niveau gehalten. Dies hatte allerdings eine erhebliche Verschlechterung der vorhandenen Wohnsubstanz zur Folge.

**„Zwangssparen“ privater Haushalte in der DDR durch fehlendes Warenangebot**

Daß die in vielen Konsumbereichen defizitäre Versorgungslage privater Haushalte in der Deutschen Demokratischen Republik zumindest in den achtziger Jahren weniger ein Problem privater Einkommensschwäche sondern vielmehr die Konsequenz einer zu stark investitions- und devisorientierten staatlichen Wirtschaftslenkung war, das belegt auch die relativ hohe Sparquote privater Haushalte. Die Sparquote von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR bewegte sich im Untersuchungszeitraum seit dem Jahr 1960 zunächst auf vergleichsweise niedrigem Niveau, stieg aber dann Anfang der achtziger Jahre kräftig an und erreichte beispielsweise mit elf gegenüber zwölf einhalb Prozent im Jahr 1988 fast die Höhe der Sparquote der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die das Statistische Bundesamt kürzlich für die fünf neuen Bundesländer zurückreichend bis in das Jahr 1985 vorgelegt hat, übertraf die Sparquote aller privaten Haushalte in der ehemaligen Deut-

schen Demokratischen Republik sogar geringfügig die aller Privathaushalte in der Bundesrepublik.

Betrachtet man die Sparquote privater Haushalte in den fünf neuen Bundesländern etwas genauer, so zeigen sich im Jahr 1990 interessante Entwicklungen. Bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten lag die Sparquote in der ersten Jahreshälfte mit fast zwanzig Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens deutlich über dem Jahresdurchschnitt von rund dreizehn Prozent und sank dann im zweiten Halbjahr auf rund acht Prozent. Dagegen verlief bei Rentnerhaushalten ohne Arbeitseinkommen die Entwicklung genau umgekehrt. Hier lag die Sparquote im ersten Halbjahr unter drei Prozent und stieg dann in der zweiten Jahreshälfte auf acht Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens an. Die Gründe für diese gegensätzlichen Entwicklungen dürften vielfältig sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei sicher unterschiedliche Konsumbedürfnisse und Zukunftserwartungen.

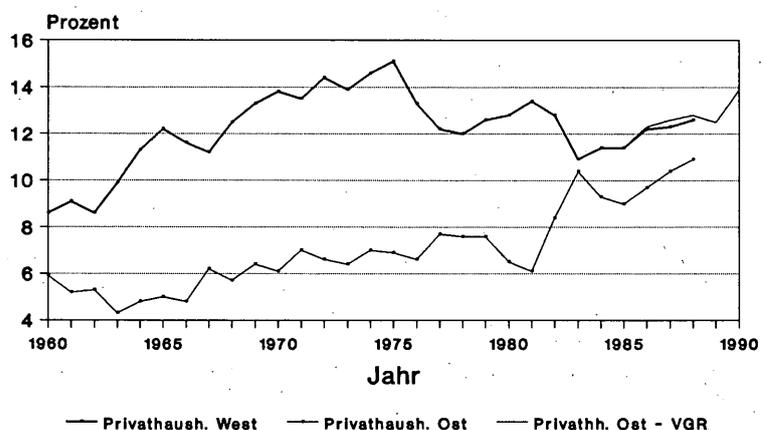
In der Bundesrepublik Deutschland läßt sich die Spartätigkeit privater Haushalte vollständig den beiden Hauptmotiven Zwecksparen und Vorsorgespars zuordnen. In der Deutschen Demokratischen Republik dagegen war die Spartätigkeit der privaten Haushalte neben diesen beiden grundlegenden Sparmotiven auch durch angebotsbedingtes „Zwangssparen“ gekennzeichnet. Die privaten Haushalte in beiden deutschen Staaten haben im Verlauf

der Jahre nicht unbeträchtliche private Vermögen angesammelt, die unabhängig von den jeweiligen Sparmotiven auch für die Sicherheit der materiellen Versorgung bedeutsam werden können. In der Bundesrepublik wäre ein privater Haushalt bei vollständigem Ausfall seines Haushaltseinkommens im Durchschnitt rund zwei Jahre in der Lage, sein aktuelles Konsumniveau allein durch die Auflösung des Vermögens ohne wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Die potentielle Sicherheit der materiellen Versorgung durch Vermögensauflösung hätte auch bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten in der DDR unmittelbar vor der politischen Wende für einen Zeitraum von fast fünfzehn Monaten gereicht.

**Aussagekraft und Interpretationsmöglichkeiten der Indikatorzeitreihen**

Soziale Indikatoren entfalten ihre Aussagekraft und Interpretationsmöglichkeiten in vollem Umfang nur in dem gesellschaftlichen und historischen Kontext für den sie konzipiert wurden. Aus diesem Grund ist eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Einkommenssituation privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit Hilfe von Indikatorzeitreihen, die einem System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik entstammen, nur mit gewissen Einschränkungen möglich. Gleichwohl können durch diese Vorgehensweise eine ganze Reihe wohl-

**Graphik 5  
Sparquote privater Haushalte**



Datenbasis: Statistisches Bundesamt und Staatl. Zentralverwaltung für Statistik

fahrtsrelevanter Aspekte der Entwicklung der materiellen Versorgung privater Haushalte in beiden deutschen Staaten angemessen beleuchtet werden. Allerdings ist dabei immer zu berücksichtigen, daß es sich um zwei Staaten mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnungen han-

delte, woraus sich unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen für die Entstehung und Verwendung des Einkommens der privaten Haushalte ergaben.

*Erich Wiegand  
(Tel.: 0621/18004-15)*

## Die Älteren

### Eine Studie zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen

Die beträchtliche Zunahme des Anteils älterer Menschen in unserer Gesellschaft, die sich nach allen Bevölkerungsprognosen auch zukünftig fortsetzen wird, hat das Interesse an dieser Bevölkerungsgruppe erheblich verstärkt. So auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, die neben dem grundsätzlichen wissenschaftlichen Interesse auch ein spezielles bildungspolitisches Interesse an der wachsenden Gruppe der Älteren hat. Weil die Älteren in der Teilnehmerstatistik der Erwachsenenbildung der Stiftung unterrepräsentiert sind, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in der ersten Jahreshälfte 1990 bei einer Arbeitsgemeinschaft von drei sozialwissenschaftlichen Instituten eine Studie zur Lebenssituation älterer Menschen in Auftrag gegeben, um das Bildungsangebot der Stiftung besser als bisher auf die speziellen Bedürfnisse älterer Menschen abstimmen zu können. Die vorliegende Publikation faßt die empirischen Ergebnisse dieses Forschungsprojekts zusammen.

Die Älteren, darunter werden in der Studie die Menschen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren verstanden, befinden sich in einer Lebensphase des Umbruchs: Die 55- bis 60jährigen beginnen sich auf ihren Ruhestand hin zu orientieren. Im Alter zwischen 61 und 65 Jahren etwa erfolgt dann der Eintritt in diesen neuen Lebensabschnitt. Und zwischen 66 und 70 Jahren schließlich richten sich die Älteren in ihrer neuen Lebensphase ein. Diese verschiedenen Zeitabschnitte werden in der Studie dazu genutzt, die älteren Menschen in drei Gruppen zu unterteilen.

Die empirischen Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen, die insbesondere bei den psychologischen Aspekten der Lebenssituation auch auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen in der Jugend zurückgeführt werden. Die nationalsozialistische Diktatur, den Zweiten Weltkrieg sowie den anschließenden Wiederaufbau haben die drei Altersgruppen in ganz unter-

schiedlichen Lebensabschnitten erfahren. Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, daß es sich genauso wie bei den Jugendlichen auch bei den Älteren um keine homogene Bevölkerungsgruppe handelt. Das gilt für die materiellen und die psychologischen Aspekte der Lebenssituation älterer Menschen gleichermaßen. Der aktive, kontakt- und konsumfreudige ältere Mensch, wie er in der Werbung gewöhnlich dargestellt wird, ist in der Realität genauso anzutreffen wie der gesundheitlich beeinträchtigte, dessen individuelle Entfaltungsmöglichkeit zudem noch durch mangelnde Erfahrungen mit der Gestaltung persönlicher Freiräume und fehlende finanzielle Ressourcen stark eingeschränkt sind.

Die Analyse und Interpretation der empirischen Ergebnisse werden überwiegend durch zwei sozialwissenschaftliche Konzepte strukturiert: den Milieuansatz sowie die Lebensstilforschung. Der Milieuansatz nimmt Bezug auf die soziale Lage einerseits und Wertorientierungen sowie lebensweltliche Sinn- und Kommunikationszusammenhänge andererseits. Menschen, die sich in ihrer Lebensauffassung und Lebensweise ähneln, werden dem gleichen sozialen Milieu zugeordnet. Dadurch lassen sich für die Bundesrepublik acht zentrale Sozialmilieus mit jeweils charakteristischen Einstellungen und Lebensorientierungen unterscheiden. Als globales Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Milieustruktur der Älteren von jener der Gesamtbevölkerung signifikant abweicht. Verschiedene Lebenswelten wie das konservative gehobene Milieu, das kleinbürgerliche Milieu sowie das traditionelle Arbeitermilieu sind weit überproportional vertreten.

Der Begriff Lebensstil bezieht sich auf die Gesamtheit der Lebensorientierungen eines Menschen, die in erster Linie durch sein materielles, soziales und kulturelles Kapital geprägt werden. Das heißt konkret, der Lebensstil eines Menschen wird maßgeblich durch die soziale Lage, die Lebenssi-

tuation sowie die Grundeinstellungen und Wertprioritäten bestimmt. In der vorliegenden Studie werden vier Lebensstile älterer Menschen mit jeweils spezifischen Orientierungen unterschieden: die pflichtbewußt-häuslichen Älteren (31 Prozent), die aktiven „neuen Alten“ (25 Prozent), die sicherheits- und gemeinschaftsorientierten Älteren (29 Prozent) und die resignierten Älteren (15 Prozent).

Die empirischen Befunde der Studie zur Lebenssituation älterer Menschen lassen sich zu den folgenden zentralen Aussagen verdichten:

- Die Älteren leben überwiegend im eigenen Haushalt und mit steigendem Alter zunehmend allein. Dabei sind die objektiven Wohnbedingungen in vielen Fällen unzureichend und werden subjektiv auch so wahrgenommen.
- Es gibt erhebliche Einkommensunterschiede zwischen den Älteren. Ein nicht unbedeutender Anteil, überwiegend Frauen, lebt in Armut.
- Die Älteren haben vor Eintritt in den Ruhestand hohe Erwartungen an ihre zukünftige Lebenssituation. Häufig können die geplanten Aktivitäten jedoch nur zu einem geringen Teil realisiert werden. Gleichwohl wird eine überraschende Vielzahl sozialer Kontakte und Aktivitäten sichtbar.
- In ihren politischen Erwartungen streben die Älteren vor allem nach materieller und sozialer Sicherheit. Diese Orientierung wird in den nachfolgenden Generationen durch einen rasch voranschreitenden Wertewandel allerdings stark an Bedeutung verlieren.
- Die Mehrheit der älteren Menschen empfindet sich von der Gesellschaft ausgegrenzt.

Insgesamt stellt die vorliegende Publikation über die Studie zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen einen überaus gelungenen Versuch dar, die Ergebnisse empirischer Sozialforschung auf eine allgemeinverständliche Weise darzustellen. Dadurch können diese Ergebnisse einerseits einer breiteren Öffentlichkeit leichter zugänglich gemacht werden und andererseits verbessern sich dadurch auch die Möglichkeiten ihrer Umsetzung in der gesellschaftlichen Praxis.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Älteren. Zur Lebenssituation der 55- bis 70jährigen. Bonn (Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH) 1991, 96 Seiten, ISBN 3-8012-0165-1.

*Erich Wiegand  
(Tel.: 0621/18004-15)*

# Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung

## Jahrestagung der Sektion Sozialindikatoren in Berlin

Am 2. und 3. Dezember 1991 veranstaltete die Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ihre Jahrestagung am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin. Das Thema der Veranstaltung „Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung“ fand eine außergewöhnlich große Resonanz, weit über den engeren Kreis der Sektion hinaus. An der Konferenz nahmen über 70 Wissenschaftler aus ganz Deutschland teil. Organisiert und geleitet wurde die Tagung von Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA). Sie wurden dabei unterstützt von der AG Sozialberichterstattung des WZB. Ziel der Veranstaltung war es, auf der Basis von amtlichen Erhebungen und repräsentativen Datensätzen der empirischen Sozialforschung eine erste Zwischenbilanz zur Ungleichheit und Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland zu ziehen.

Wegen ihrer besonderen Bedeutung in diesem Prozeß standen Beiträge zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Erwerbstätigkeit am Anfang des Tagungsprogramms. Klaus Parmentier (IAB, Nürnberg) berichtete über Ergebnisse des Arbeitsmarktmonitors des IAB, ein Instrument, das speziell für die Beobachtung der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern entwickelt wurde. Elke Holst und Jürgen Schupp (DIW, Berlin) trugen im Anschluß daran Befunde des Sozio-ökonomischen Panels zur Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den neuen und alten Bundesländern vor und wiesen besonders auf die Probleme von jungen Frauen mit Kindern hin, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Sarina Keiser (DJI, Leipzig) und Clemens Dannenbeck (DJI, München) referierten über die Lebensbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten von Kindern und betonten aus dieser Perspektive die Notwendigkeit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. In seinem Vortrag über „Erwerb und Verwertung beruflicher Qualifikationen“ stellte Rolf Janssen (BIBB, Berlin) Anlage und

Erhebungsprogramm der Untersuchung „Qualifikation und Berufsverlauf“ vor und präsentierte Ergebnisse einer Vorstudie zur beruflichen Bildung in West- und Ostdeutschland. Eckhard Priller (ISS, Berlin) beschäftigte sich mit der Entwicklung der Zeitbudgets in der DDR und Unterschieden in der Zeitverwendung zwischen West- und Ostdeutschen. Die letzten beiden Referate des ersten Veranstaltungstages untersuchten die Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern. Margot Münnich (Statistisches Bundesamt, Berlin) untersuchte auf der Basis einer Analyse der „Haushaltsbudgets in den neuen Bundesländern“ die Realeinkommensentwicklung bei einzelnen Haushaltstypen. Richard Hauser und Klaus Müller (Universität Frankfurt) sowie Gert Wagner (DIW, Berlin) verglichen in ihrem Vortrag die „Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern“, untersuchten aber insbesondere auch, wie sich die relative Einkommensposition einzelner sozialer Gruppen seit der Währungsunion verändert hat.

War der erste Veranstaltungstag überwiegend der Untersuchung des Wandels und der Ost-West-Unterschiede der objektiven Lebensbedingungen gewidmet, so standen Prozesse der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung der Lebensverhältnisse, Einstellungen und Wertorientierungen im Mittelpunkt der Verhandlungen des zweiten Tages. Heinz-Herbert Noll und Friedrich Schuster (ZUMA, Mannheim) untersuchten in ihrem Vortrag Unterschiede der subjektiven Schichtestufung und der Wahrnehmung sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich auf der Basis der ALLBUS-Baselinestudie 1991. Helmut Klages (Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer) trug im Anschluß daran Befunde und Interpretationen zum Werte- und Mentalitätswandel in Ostdeutschland vor und nach der Wende vor. Michael Braun (ZUMA, Mannheim) präsentierte Ergebnisse der ALLBUS-Basisbefragung 1991 zur „Arbeitsplatzsicherheit und der Bedeu-

tung der Berufstätigkeit“ und beschäftigte sich dabei vor allem mit der unterschiedlichen Bewertung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Ingbert Weber (Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, Köln) verglich den Gesundheitszustand der Bevölkerung in der Bundesrepublik und in der DDR und wies dabei insbesondere auf die Systemabhängigkeit von Gesundheitsproblemen und der Gesundheitsversorgung hin. Roland Habich, Detlef Landua und Annette Spellerberg (WZB, Berlin) berichteten über die Befunde ihrer vergleichenden Analyse zu Differenzen und Wandel des subjektiven Wohlbefindens auf der Basis der Wohlfahrtssurvey-Daten. Peter Krause und Gert Wagner (DIW, Berlin) konfrontierten auf der Basis von Daten des Sozio-ökonomischen Panels die Zukunftserwartungen der Bürger Ostdeutschlands mit den tatsächlich eingetretenen sozio-ökonomischen Entwicklungen. Den Abschluß des Tagungsprogramms bildeten eine Reihe von Kurzberichten über laufende Projekte zum Wandel der Lebensverhältnisse in Deutschland, darunter ein Bericht über den ersten gesamtdeutschen Mikrozensus.

Die Konferenz bot erstmals die Gelegenheit, die Ergebnisse einer Vielzahl von zentralen gesamtdeutschen Datenerhebungsprogrammen im Zusammenhang zu diskutieren und vermittelte den Teilnehmern auf der Basis verlässlicher empirischer Befunde einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der innerdeutschen Integration. Die Sektion Sozialindikatoren wird die Thematik der gesellschaftlichen Transformation und Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland auch zukünftig weiter verfolgen. Weitere Veranstaltungen dazu sind geplant. Ein Konferenzband mit den Beiträgen der Berliner Tagung ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich noch im Frühjahr 1992 im Campus-Verlag erscheinen.

Heinz-Herbert Noll  
(Tel.: 0621/18004-14)

## The Good Society: Applications of the Social Sciences

Konferenz der ISA-Working Group „Social Indicators“ und  
des Research Committee „Socio-technics/Social practice“  
Rotterdam, 24. bis 27. Juni 1992

Das inhaltliche Interesse des sogenannten „social indicator movement“ ist seit einigen Jahren nicht mehr ausschließlich auf die Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen in den verschiedenen Politikbereichen sondern gleichermaßen auch auf die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität gerichtet. Methodisch stehen gegenwärtig vor allem Längsschnittanalysen und internationale Vergleiche im Vordergrund. Die Working Group „Social Indicators“ organisiert zwischen den alle vier Jahre stattfindenden ISA-Weltkongressen für Soziologie jeweils sogenannte Zwischenkonferenzen. Die nächste dieser internationalen Konferenzen wird gemeinsam mit dem Research Committee Nr. 26 „Socio-technics/Social practice“ ausgerichtet und findet in der Erasmus University, Rotterdam statt. Teilnahme- und Vortragswünsche sind mit der Einreichung eines Abstracts bis zum 30. April 1992 an den Organisator der Konferenz zu richten:

**Dr. Ruut Veenhoven, Erasmus University, Dpt. of Sociology, P.O. Box 1738, 3000 DR Rotterdam, The Netherlands, Telefax: (0)10-4520204, Telefon: (0)10-4082102**

## Sozialstatistik und Sozialberichterstattung in und für Europa

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren und des  
Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

Am 28. und 29. November 1991 fand in Mannheim ein Workshop mit dem Thema „Sozialstatistik und Sozialberichterstattung in und für Europa“ statt, der vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen Methoden und Analysen (ZUMA) gemeinsam veranstaltet wurde. Der Workshop stieß auf ein außerordentlich großes Interesse und wurde von über fünfzig Teilnehmern aus mehreren europäischen Ländern besucht. In ihrer Begrüßung wiesen Peter Flora (MZES) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA) auf den wachsenden Bedarf an komparativen sozialstatistischen Informationen über die an der bevorstehenden Einführung des Europäischen Binnenmarktes und der weiter fortschreitenden Integration Europas beteiligten Länder hin. Anschließend gab Franz Rothenbacher (MZES) einen Überblick über die verschiedenen Ansätze nationaler und internationaler Sozialberichterstattung und deren Diffusion. Der erste Themenblock war der internationalen Sozialstatistik und ihrer Harmonisierung gewidmet. Hanno Uusitalo von der National Agency for Welfare and Health,

Helsinki sowie Joachim Vogel von Statistics Sweden, Stockholm berichteten über die Sozialstatistik und Sozialberichterstattung in den skandinavischen Ländern und Joachim Vogel stellte in diesem Zusammenhang auch den neuesten „Social Report for the Nordic Countries“ vor. Edwin Bell, Paris informierte anschließend über das Arbeitsprogramm der OECD im Bereich „Social Policy“. Waltraud Moore vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden befaßte sich mit den Notwendigkeiten und Problemen der Vergleichbarkeit zwischen nationalen und europäischen Statistiksystemen. Die Sozialstatistik der Europäischen Gemeinschaften stellte Franz Kraus (MZES) in ihren programmatischen Grundzügen und Nutzungsmöglichkeiten vor.

Im zweiten Themenblock stand die Berichterstattung in ausgewählten inhaltlichen Bereichen der Sozialpolitik im Vordergrund. C. Hebette und A. Greir von Eurostat, Luxemburg berichteten über das europäische System einer integrierten „Social Protection“ Statistik (ESSPROS). Anschließend referierte Martin Ahbe von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel über das neue Beobachtungs-

system für Beschäftigungsfragen auf der Grundlage der Datenbanken MISEP, SYSDM und NEC. Mit den Perspektiven der Gesundheitsberichterstattung in den Europäischen Gemeinschaften befaßte sich im folgenden Vortrag Reiner Seidl vom GSF-Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt, Neuherberg. Uwe Warner, Luxemburg demonstrierte an einem konkreten Beispiel Zugang und Nutzungsmöglichkeiten der „Luxemburg Income Study“.

Im abschließenden dritten Themenblock wurden zwei regelmäßig stattfindende internationale Umfragen behandelt. Michael Braun (ZUMA) stellte das International Social Survey Programme (ISSP) vor und Jürgen Hofrichter vom Zentrum für Europäische Umfragestudien (ZEUS) in Mannheim berichtete über das von den empirischen Sozialwissenschaften lange zu Unrecht vernachlässigte EUROBAROMETER. Abgerundet wurde das kompakte und eine Fülle von Informationen vermittelnde Programm des Workshops durch zwei eindrucksvolle Computerdemonstrationen über den Zugang und die Nutzung bestehender Datenbanken der Europäischen Gemeinschaften. Die Veröffentlichung eines Tagungsbandes ist geplant.

*Erich Wiegand*  
(Tel.: 0621/18004-15)

### Impressum

#### Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und  
Analysen (ZUMA) e.V.  
Abteilung Soziale Indikatoren  
Postfach 12 21 55  
D-6800 Mannheim  
Telefon: (06 21) 1 80 04 - 0  
Telefax: (06 21) 1 80 04 - 49

#### Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

#### Redaktion:

Erich Wiegand

#### Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Maximilianstraße 31  
6730 Neustadt / Weinstraße  
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X